

ausübung. Unter Hinweis auf die Realitäten bürgerlicher Demokratie propagierten sie eine „realistische“ Demokratietheorie, die sich von „utopischen Proklamationen“ distanziert und sich nach dem zweiten Weltkrieg weitgehend durchsetzte. Demokratie bedeutet danach nicht, „daß das Volk tatsächlich herrscht“, sondern stellt eine „Methode“ des Herrschens dar, ist die Konkurrenz einzelner, der sog. Führungsanwärter, „um die Stimme der Wählerschaft“.¹¹ Der „realistische“ Demokratiebegriff erscheint als eine Kategorie, die das im Bereich der kapitalistischen Wirtschaft wirkende Konkurrenzprinzip auf das politische Leben überträgt.

Der historische Prozeß des Kampfes um Volkssouveränität bleibt hier ebenso wie die Frage nach den sozialökonomischen Voraussetzungen von Demokratie außerhalb der Betrachtung. Der Demokratiebegriff im Sinne einer Methode des Konkurrierens von Eliten, denen die Wähler „Macht auf Zeit“ übertragen, ist zum einen geeignet, Demokratie und Kapitalismus als untrennbare Einheit hinzustellen, zum anderen bildet er aber auch die Grundlage für eine Reihe von Konzepten zur „Effektivierung“ der bürgerlichen Demokratie.

Viertenswidmenschbürgerliche Demokratietheorien vor allem seit den 50er und 60er Jahren aus funktionaler Sicht der Frage des „Systemüberlebens“. Auf der Grundlage des in der Niedergangphase des Kapitalismus geborenen „realistischen“ Demokratiebegriffs erhoben sie (mit Pluralismus-, Elite- und Konfliktregulierungstheorien) nicht nur den Anspruch, die politische Wirklichkeit in den kapitalistischen Industriestaaten richtig zu beschreiben. Sie stellten darüber hinaus — wenn auch recht unterschiedliche — Diagnosen hinsichtlich des Zustandes der bürgerlichen Demokratie und verschrieben eine Reihe von Therapien, die der bürgerlichen Demokratie (und mit ihr dem kapitalistischen System) das Überleben garantieren sollen. All diese Therapien gruppieren sich um die Frage, mit welchen „demokratischen“ Spielregeln und Methoden die sozialen und politischen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemildert, begrenzt bzw. gelöst werden können. Antworten auf diese Fragen werden anhand von empirischen Untersuchungen, aber auch historischer und systemtheoretischer Sicht vorgelegt. Eine Richtung empfiehlt dabei einen möglichst flexiblen Mechanismus „demokratischer Spielregeln“, eine andere (elitär-autoritäre) Richtung befürwortet den stärkeren Einsatz repressiver Mittel, um die bürgerliche Demokratie funktionsfähig zu halten.

*Rezepte bürgerlicher Demokratietheoretiker:
untauglich, aber zunehmend gefährlich*

Diskussionen bürgerlicher Ideologen um den Zustand der bürgerlichen Demokratie waren schon immer in hohem Maße von dem Auf und Ab im Niedergangsprozeß des Kapitalismus abhängig. So gab es bereits nach dem ersten Weltkrieg und besonders auch in den 30er Jahren heftige Debatten und eine umfangreiche Literatur zur „Krise der Demokratie“.

Die unbestreitbare Konjunkturabhängigkeit der Diskussion bürgerlicher Ideologen um die Demokratiefrage ist jedoch nicht identisch mit einer sich periodisch wiederholenden Neuaufgabe schon gehabter Fragen und Antworten. Die sich optimistisch gebenden Demokratiekonzepte Ende der 60er Jahre und die pessimistische Grundstimmung der seit Mitte der 70er Jahre anhaltenden Diskussion um die „Zukunft der westlichen Demokratien“ reflektieren den Wandel von einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu den aufbrechenden sozialen und politischen Konflikten und Labilitätserscheinungen unter den Bedingungen der besonderen Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise.

Der Stimmungswechsel, der sich seit Mitte der 70er Jahre unter den bürgerlichen Ideologen vollzogen hat,

bezieht sich auch und gerade auf das Demokratieproblem. Sie haben „die 70er Jahre mit großer Euphorie begrüßt. Sie hofften, daß der Imperialismus seine Stellung in der Welt stärken und sich im Inneren stabilisieren könne. Das ist jedoch nicht eingetreten. Der Imperialismus stolperte vielmehr von einer Krise zur anderen“.¹²

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre trafen zunächst zwei Tendenzen zusammen, die der Demokratiediskussion in den kapitalistischen Industrieländern ein besonderes Gepräge gaben: Zum einen war der Aufschwung demokratischer Bewegungen gegen Ende der 60er Jahre von vielfältigen Forderungen nach Demokratisierung und Mitbestimmung, nach sozialer Demokratie und Kontrolle der Monopole begleitet. Zum anderen waren die maßgebenden Kreise der Monopolbourgeoisie und die übergroße Mehrheit ihrer Ideologen gerade hinsichtlich der Beschaffenheit ihres bürgerlich-parlamentarischen Systems voller Illusionen. So wurde beispielsweise in der BRD verkündet: „Wir leben ... in einer befriedeten Ordnung“¹³, und in den USA konstatierten Politologen, daß „der Konflikt die Tendenz aufweist, im Meer des Konsens zu versinken“.¹⁴

Da die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den meisten kapitalistischen Industrieländern sich in Grenzen hielten, sah die Monopolbourgeoisie dort auch keinen Anlaß, in der Demokratiefrage eine harte Gangart einzuschlagen. Es gab sogar eine gewisse Bereitschaft der herrschenden imperialistischen Kreise, das Verlangen nach „Demokratisierung“ hinzunehmen, zumal es von sozialdemokratischen Politikern und Vertretern der flexiblen bürgerlichen Demokratietheorie als Weg zur Stabilisierung des bestehenden Herrschaftssystems offeriert wurde. Neben dem Weiterbestehen der Differenzen zwischen der flexiblen und der autoritären Grundrichtung bürgerlicher Demokratietheorie gab es zugleich auch eine gewisse Annäherung.

Nahezu allgemein anerkannt wurde die in der BRD von R. Dahrendorf bereits in den 50er Jahren entwickelte Konzeption einer „Funktionalität von Konflikten“. Danach ist es gefährlich, Konflikte schlechthin zu unterdrücken. Die bürgerliche Demokratie habe die Aufgabe, Konflikte so auszutragen, daß die politischen Verhältnisse stabil bleiben und die bestehende Gesellschaftsordnung wandlungs- und anpassungsfähig bleibt.¹⁵ Bestimmte „Struktur- und Funktionsbedingungen“, eine Übereinstimmung von „Organisations- und Konfliktschlichtungsmustern“, könnten — so glaubten bürgerliche Politologen herausgefunden zu haben — einen „Grundkonsens zwischen Regierenden und Regierten“ herbeiführen und so eine „stabile Demokratie“ garantieren.¹⁶

Auch die Forderung nach „sozialer Demokratie“ existierte zeitweise mit der Konstruktion eines Widerspruchs zwischen Freiheit und Gleichheit. Soziale Demokratie im Sinne der u. a. von K. R. Popper entwickelten „Stückwerk-Sozialtechnik“ wurde besonders von sozialreformistischen Politikern als Mittel propagiert, um soziale Probleme mittels einer sukzessiven Reformpolitik abzubauen und so den „Grundkonsens zwischen Regierenden und Regierten“ immer aufs neue herzustellen. Im Namen der „Freiheit“ wurden zugleich grundlegende Reformen zurückgewiesen.

Eine Annäherung gab es zwischen dem Konzept, das ein bestimmtes Maß an „politischer Apathie“ als unerlässlich für die Stabilität der bürgerlichen Demokratie hinstellt¹⁷, und einem anderen, das empfiehlt, das politische System des Imperialismus auf dem Wege „rationalerer Konfliktregelung“ mittels einer Ausweitung von „Partizipation“ zu stärken.¹⁸ Befürwortet wurde nicht selten geradezu ein Gemisch aus „Partizipation“ und „politischer Apathie“.

Bürgerliche Demokratietheoretiker sahen in diesen Entwicklungen die Herausbildung einer „mehrdimensionalen“ oder „komplexen“ Demokratietheorie¹⁹, während linke Kritiker sie als „Übergang zur pluralen Fassung einer neuen Einheitsideologie“ werteten.²⁰